



Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 80327 München

siehe Verteiler

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen (bitte bei Antwort angeben)  
IV.8-BO4207.6.1/17/8

München, 14.03.2022  
Telefon: 089 2186 0

## **Antragsverfahren für die Einrichtung gebundener Ganztagsangebote an staatlichen Mittelschulen zum Schuljahr 2022/2023**

Anlagen:

1. Formblatt Antragsformular
2. Vorlage zur Erstellung eines pädagogischen Konzepts

Sehr geehrte/r,

der bedarfsorientierte Ausbau gebundener Ganztagsangebote wird zum Schuljahr 2022/2023 weiter fortgesetzt. Grundsätzlich können auch im kommenden Schuljahr an staatlichen Mittelschulen weitere gebundene Ganztagsangebote eingerichtet werden. Wir möchten allerdings darauf hinweisen, dass aufgrund der aktuellen Sondersituation (insbesondere die schulische Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher; Ausweitung der Deutschklassen) zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar ist, in welchem Umfang die Neueinrichtung zusätzlicher gebundener Ganztagsangebote antragsgemäß genehmigt werden kann. Vorsorglich empfehlen wir, insbesondere die Beantragung zusätzlicher offener Ganztagsangebote in Erwägung zu ziehen.

Für das Antrags- und Genehmigungsverfahren zur Einrichtung gebundener Ganztagsangebote an staatlichen Mittelschulen ab dem Schuljahr 2022/2023 gelten die Bekanntmachung zu gebundenen Ganztagsangeboten an Schulen vom 10. Februar 2020 (AZ. IV.8 - BO 4207 - 6a.10 155) in der jeweils gültigen Fassung und die nachfolgenden Hinweise und Bestimmungen.

Ausdrücklich möchten wir darauf hinweisen, dass für bereits eingerichtete und genehmigte gebundene Ganztagsangebote keine erneute Antragstellung erforderlich ist.

Für die Genehmigung eines gebundenen Ganztagsangebotes ist ein entsprechender Antrag vom Schulaufwandsträger in Absprache mit der jeweiligen Schule unter Verwendung des beigefügten Formblatts (siehe Anlage) zu stellen.

Der Schulaufwandsträger bestätigt dabei, dass die Planungen gemäß Art. 6 Abs. 4 Satz 3 BayEUG im Benehmen mit den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe erfolgt sind und verpflichtet sich bei der Antragstellung, den für den Ganztagsbetrieb anfallenden zusätzlichen Sachaufwand zu übernehmen und für den Personalaufwand eine pauschale Beteiligung von derzeit 6.604 Euro je Ganztagsklasse und Schuljahr an die Regierung zu entrichten, die noch im Haushaltsjahr 2022 in voller Höhe durch die zuständige Regierung beim Schulaufwandsträger erhoben wird.

Die Höhe des je gebundener Ganztagsklasse an staatlichen Mittelschulen zur Verfügung stehenden Budgets gemäß Nr. 2.3.2 der o.g. KMBek beträgt im Schuljahr 2022/2023 somit insgesamt **15.120 Euro**.

Entscheidendes Kriterium für die Genehmigung des Ganztagsangebotes ist die Qualität des dem Antrag beizufügenden pädagogischen Ganztagskonzeptes, das von Schulleitung und Kollegium unter Beteiligung von Elternbeirat und Schulforum - individuell ausgerichtet auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler vor Ort - zu erarbeiten ist. Eine Vorlage für die Erstellung

eines pädagogischen Konzeptes ist diesem Schreiben ebenfalls als Anlage beigelegt. Bei Erstanträgen muss ein ausführliches pädagogisches Konzept beigelegt werden. Hierbei sind die im Qualitätsrahmen für gebundene Ganztagschulen definierten Basisstandards zu beachten. Ferner ist für die Ganztagsklasse ein entsprechender Stundenplanentwurf einzureichen, aus dem die rhythmisierte Tages- bzw. Unterrichtsgestaltung sowie durch farbliche Kenntlichmachung die Verwendung der zusätzlichen Lehrerwochenstunden und der geplante Einsatz des weiteren pädagogischen Personals hervorgehen.

Der konkrete Bedarf für eine gebundene Ganztagsklasse muss durch eine Elternbefragung, beispielsweise im Rahmen eines Elternabends, ermittelt werden. Die Eltern sollten im Weiteren vor einer Anmeldung auf deren Verbindlichkeit für die Dauer eines Schuljahres hingewiesen werden.

Als Nachweis, dass mittelfristig ausreichende Schülerzahlen und somit das Zustandekommen eines gebundenen Ganztagszuges bzw. einzelner Ganztagsklassen auch in den kommenden Schuljahren als hinreichend gesichert erscheinen, ist dem Neuantrag auf Einrichtung eines gebundenen Ganztagsangebotes zudem eine Schülerprognose bzw. Statistik der Schülerzahlen grundsätzlich für den Zeitraum der kommenden fünf Schuljahre beizufügen.

Die Koordinatorinnen bzw. Koordinatoren für den Ganztagsbereich an den Bezirksregierungen stehen Ihnen bei Rückfragen zur Planung und Durchführung der schulischen Ganztagsangebote sowie zur Antragstellung gerne beratend zur Seite. Weitere Informationen finden Sie auch im Internetportal des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus ([www.km.bayern.de/ganztagschule](http://www.km.bayern.de/ganztagschule)).

Ein Rechtsanspruch auf Genehmigung eines gebundenen Ganztagsangebotes besteht nicht. Die Entscheidung über die Genehmigung wird bei Einhaltung der Genehmigungsvoraussetzungen nach Ermessensausübung der zuständigen Regierung getroffen. Entfällt eine Genehmigungsvoraussetzung nachträglich, kann die Genehmigung ganz oder teilweise widerrufen werden.

Soweit durch das Staatsministerium für Unterricht und Kultus bereits ein Vorbescheid zur Einrichtung eines gebundenen Ganztagszuges zum Schuljahr 2022/2023 erlassen wurde, sind die in dem Vorbescheid angeführten erforderlichen Unterlagen über das Staatliche Schulamt der zuständigen Regierung zu übermitteln. Auch für diese Meldung gilt die im vorliegenden Schreiben gesetzte Antragsfrist.

Ich bitte Sie, die vorgenannten Antragsunterlagen vorzubereiten, den Schulaufwandsträger über dieses Antragsverfahren umgehend zu informieren und frühzeitig in Ihre Planungen einzubeziehen, damit die Beratung und Beschlussfassung in den entsprechenden kommunalen Gremien zeitnah erfolgen kann.

Die Frist für die Antragstellung (Eingang bei der Regierung) endet am

**Donnerstag, 14. April 2022.**

Bis zu diesem Termin sind folgende, oben bereits genannte Unterlagen auf dem Dienstweg bei der zuständigen Regierung einzureichen:

1. Unterschriebenes Antragsformular im Original
2. Pädagogisches Konzept für das beantragte Ganztagsangebot mit Angaben zu:
  - der Zusammensetzung der Schülerschaft – insbesondere im Hinblick auf Förderbedarf und soziale Situation
  - der Gesamtschülerzahl und Klassenanzahl der Schule im aktuellen Schuljahr und voraussichtlich zum Schuljahr der Einrichtung
  - zur räumlichen Situation an der Schule
  - zur Mittagsverpflegung an der Schule
3. Stundenplanentwurf für das beantragte Ganztagsangebot mit Kennzeichnung der zusätzlichen Lehrerstunden und geplanten Angeboten der pädagogischen Kräfte
4. 5-Jahres-Statistik der Schülerzahlen (Schülerprognose)
5. Aussagen zur Bedarfserhebung für das beantragte Ganztagsangebot

Das zuständige Staatliche Schulamt fügt dem Antrag eine aussagekräftige Stellungnahme bei. Das Schulamt hat dabei insbesondere auch konkrete Aussagen zur örtlichen Schulsituation zu treffen.

Nachdem die Anträge durch die Regierung geprüft und bewertet wurden, werden die Antragsteller so bald wie möglich darüber informiert, ob der Antrag genehmigt werden konnte.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Alexandra Brumann  
Ministerialrätin